

16. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion – Drs. 16/3466 -

Potenziale nutzen – Migranten und Migrantinnen mit im Herkunftsland erworbenen Berufsabschlüssen eine zweite Chance geben!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag auf Drs. 16/3466 wird durch folgenden Text ersetzt:

Potentiale nutzen, Integration erleichtern - Anerkennung im Ausland erworbener Berufs- und Hochschulabschlüsse systematisieren und erleichtern!

Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf, gemeinsam mit den Stellen, die im Land Berlin für die Anerkennung von beruflichen Abschlüssen zuständig sind und der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen ein möglichst einheitliches und transparentes Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulabschlüsse zu erarbeiten und einzuführen. Auf positive Erfahrungen anderer Bundesländer und dort vorhandener Anerkennungsstellen ist zurückzugreifen.

Bei dem Verfahren muss sichergestellt werden:

1. Anträge auf Anerkennung müssen innerhalb einer bestimmten Frist entschieden werden,
2. bei Nichtanerkennung muss den Antragstellern mitgeteilt werden, welche Zusatzqualifikationen sie benötigen und wo und wie diese erworben werden können,
3. auch bei nicht anerkannten Abschlüssen muss den Antragstellern zertifiziert werden, auf welchem mit deutschen Abschlüssen vergleichbaren beruflichen Niveau sich ihre Qualifikation bewegt,
4. Anerkennungssuchenden muss eine Erstanlaufstelle zur Verfügung stehen, die Informationen über das Anerkennungsverfahren bereit hält,
5. das Anerkennungsverfahren muss bereits vor der Einreise aus dem Herkunftsland betrieben werden können,
6. im Anerkennungsverfahren darf die Qualität deutscher Abschlüsse und das hohe Niveau des dualen Systems nicht untergraben werden.

Zudem wird der Senat aufgefordert, alle Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Berufsabschlüssen zu unterstützen und zügig in Berlin umzusetzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2011 zu berichten.

Berlin, den 23. September 2010

Meyer Czaja Senftleben Dragowski
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP